

Keine Privatisierung im Öffentlichen Personentransport in Esch/Alzette und Beles/Suessem!

In seinen Visio-Konferenzen hat Transportminister François Bausch das Projekt einer „schnellen Trambahn“-Verbindung zwischen Luxemburg / Cloche d'Or und Esch/Belval – Beles/Mairie vorgestellt. Dabei wurde ebenfalls die geplante Schließung der Eisenbahnverbindung zwischen Esch/Gare und dem Bahnhof von Audun-le-Tiche angekündigt, die durch einen doppelten Gelenkbus (Bus à haut Niveau de Service) ersetzt werden soll. Dieser „schnelle Tram“ soll durch die privatrechtliche Luxtram S.A. betrieben werden und die BHNS Busverbindung durch den privaten RGTR.

Aus den Studien die dieser Planung vorausgingen geht eindeutig hervor, dass in den kommenden Jahren ein stetiges Wachstum der Bevölkerung im Kanton Esch zu erwarten ist. Esch/Alzette steuert auf 55 000 Einwohner zu und die Nachbargemeinden, sowie das Umland bis in die südlichen Vororte der Hauptstadt gehören zu dieser Wachstumsregion. In Esch entsteht mit der „Roud Lens“ ein ganzer Stadtteil aber auch das Gebiet direkt hinter der französischen Grenze, wo zwischen Audun und Belval, in der Haute vallée de l'Alzette das Quartier Micheville mit 8000 Einwohnern entstehen soll. Wie viele solcher „cités dortoires“ noch im Hinterland von Villerupt aus dem Boden sprießen werden ist derzeit noch nicht absehbar.

Der Süd-Tram ist eine Notwendigkeit...

Wohin uns diese auf Niedrigbesteuerung aufgebaute Wirtschafts- und Industriepolitik Luxemburgs noch führen wird kann wohl keiner sagen. Fest steht nur, dass das bisherige Verkehrssystem aus allen Nähten platzen wird und es so nicht mehr lange weiter gehen kann. An einem Ausbau des Kollektivtransportes führt kein Weg mehr vorbei. Man kann wohl über die Spurbreite der Schienenfahrzeuge streiten, ob näher an einer klassischen Straßenbahn oder eher das Modell der französischen RER Triebwagen, es steht ganz einfach außer Zweifel, dass der Individualtransport in der Großregion an seine Grenzen angelangt ist und die Minett-Region einen schienengebundenen ÖPNV* benötigt, der sie unter einander und mit der Hauptstadt verbindet.

...nicht aber die Privatisierung der öffentlichen Transportdienstleistungen

Das Projekt dieser Regierung sieht eindeutig vor den Ausbau des ÖPNV mittels Tram und BHNS Bus durch private Firmen durchzuführen. Wie wir schon 2015 bei der Gründung der Luxtram S.A. prophezeiten, wird diese Firma von der Regierung als Hebel benutzt um die eigenen staatlichen und kommunalen öffentlichen Transportbetriebe (CFL, AVL und TICE) immer mehr ins Abseits zu drängen und den Ausbau privaten Firmen zuzuschieben. Die Luxtram S.A. ist als « Société anonyme », eine Firma privaten Rechts, die zu 80% dem Staat und zu 20% der Stadt Luxemburg gehört. Die Angestellten sind keine Funktionäre mehr, sie verdienen weniger als die Hälfte der Beamten im öffentlichen Dienst und befinden sich im Statut von Salariés des Privatsektors. Sie können also jederzeit entlassen oder nach Lust der Direktion reklassiert werden. Wie Heuern und Feuern bei der Luxtram abläuft haben wir ja schon

praktisch erlebt.

Durch das interkommunale Syndikat TICE verfügten die Südgemeinden bislang immer über ihr eigenes Instrument im lokalen und regionalen Transport im Süden. Durch die drohende Ausdehnung von RGTR und Luxtram S.A. bekäme das Ministerium dann immer mehr Fäden in die Hand und der Einfluss der Südgemeinden würde reduziert. Die Autonomie der Kommunen schwindet und die Macht der Regierung wächst. Dabei weiß letztendlich niemand ob nicht irgendwann eine Regierung ihre Anteile an Privatfirmen verkauft um ihre Schulden zu tilgen. Eine Aktiengesellschaft kann an der Börse im Handumdrehen ihre Besitzer wechseln.

Ein grenzüberschreitender öffentlicher Nahverkehr ist unverzichtbar

Die Argumente die vom Minister aufgeführt wurden um das Ende der Zugverbindung nach Audun-le-Tiche zu rechtfertigen sind ebenfalls nicht stichhaltig. Sie lauten: der Bahnübergang behindere den Verkehr des Viertels „Hoehl“, der Terminus am Bahnhof Audun entspreche nicht mehr den Bedürfnissen und liege Abseits der geplanten Wohnviertel, usw. Natürlich bedürfen die neuen Wohnviertel Micheville und die *Lentille Terre Rouge* einen entsprechenden Ausbau und neue Anschlüsse, die sie mit dem Bahnhof Esch und mit Lallingen/Monkeler verbinden. Wenn schon kein Zug, dann könnte das sehr wohl ein moderner Tram sein und nichts spricht dagegen dass er nicht auch durch den CFL oder den TICE betrieben wird.

Der Bedarf an öffentlichen Transportmitteln besteht zweifellos. Ob sie den Bedürfnissen der Benutzer entsprechen hängt entschieden davon ab, ob es über die Grenze hinweg ein gemeinsames funktionsfähiges und abgestimmtes öffentliches Verkehrskonzept geben wird. Dazu bedarf es einer aktiven

Zusammenarbeit des Ministeriums mit den Gemeinden und Autoritäten jenseits der Grenze, denn der öffentliche Transport muss als grenzüberschreitendes Projekt angelegt sein oder er ist zum Scheitern verurteilt. Die derzeitige Planung eines « BHNS Super-Bus » in die Val d'Alzette – Micheville, ist völlig unzureichend. Hinzu kommt daß durch die « Liaison – Micheville », d.h. durch die Autobahn, eine Direktverbindung in das geplante Wohnviertel Micheville/Valée de l'Alzette, völlig abgeschnitten ist. Egal ob nun Zug, Trambahn oder Bus, der Weg auf der bestehenden Bahnstrecke ist blockiert und eine Untertunnelung, eine neue Umgehungsstrecke oder die erneute Verlegung der Autobahn um 50 Meter wird unumgänglich. Die (Auto-) Verkehrsplaner haben also vorerst einmal vollendete Tatsachen geschaffen und nun wird jegliche Alternative dazu teuer werden.

Keine Privatisierung des ÖPNV im Minett

Die Pläne der Regierung die öffentlichen Transportbetriebe langsam aber systematisch zurück zu schrauben und dagegen private Betreiber zu fördern, zielt in erster Linie auf das Funktionärsstatut der Beschäftigten. Die öffentlichen Betriebe und ihre Belegschaften sollen der billigeren Konkurrenz privater Firmen ausgesetzt werden. Schrittweise sollen die privaten Gesellschaften im Staatsbesitz dann auch für privates Kapital geöffnet werden. Dies geschieht im Rahmen einer langfristigen neoliberalen Strategie in die die Führungen aller etablierten Parteien eingebunden sind. Ohne eine klare Bekämpfung dieser Strategie wird das öffentliche Statut der Beschäftigten dieser Sektoren unweigerlich zum Auslaufmodell.

Wir fordern darum folgendes:

- Die Ausführung des « schnellen Tram » von Luxemburg nach Beles/Mairie, via "Monkeler", Lallingen und Esch/Belval,

soll der CFL übertragen werden. (Gegebenenfalls können die Südgemeinden diese Dienstleistung auch in Eigenregie durch den TICE ausführen.)

- Die Bahnverbindung von Esch nach Audun-le-Tiche und darüber hinaus in die Vallée de l'Alzette, soll erhalten bleiben, bzw. durch eine schienengebundene Trambahn unter Leitung der CFL oder des TICE erneuert und ausgebaut werden.
- Die « LUXTRAM société anonyme », die derzeit dem Staat als private Firma gehört, soll in einen staatlichen Dienstleistungsbetrieb umgewandelt werden, bzw. rechtlich und statutarisch in die CFL integriert werden.
- Eine grenzüberschreitende Planung des öffentlichen Transportes der Großregion muss im Dialog mit den kommunalen und regionalen Autoritäten erfolgen.
- Langfristig muss der ÖPNV Transport in Luxemburg, in Form von Trambahnen, Bussen oder BHNV-Bussen, zu einer Alternative zum individual Transport ausgebaut werden.

(*Öffentlicher Personen Nahverkehr)

Alain Sertic 28/11/2020

Synthetisch-spontan / Organisch-strukturell. Strategische Anmerkungen zum Sozialismus im 21 Jahrhundert.

Spontaneität und Struktur, zwischen diesen beiden Polen spannen sich seit jeher strategische und ideologische Bemühungen sozialistischer Bewegungen. Kommt es zu spontanen Aufständen und letztlich zur Revolution wenn die Gegensätze der kapitalistischen Verhältnisse zu erdrückend werden? Oder kann nur eine akribisch vorbereitende Avant-Garde einen Wandel herbeiführen? Reicht was vom Comité Invisible als „Destitution“ gedacht wird, also eine Abschaffung gegenwärtiger Formen von Unterdrückung und Ausbeutung um spontan eine bessere Gesellschaft entstehen zu lassen? Oder muss die Diktatur der Arbeiterklasse erst noch die Bedingungen für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus in 100 Jahren schaffen? Und was sind die besten Mittel für die eine oder andere Strategie?

Spontanität und Sozialismus: historische Wegmarken

Lenin hatte 1902 in „Was tun?“ argumentiert:

... daß jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des „bewussten Elements“, der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich – ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht – die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet.

Das hinderte Rosa Luxemburg nicht daran den spontanen Generalstreik, durch den sich die Arbeiterklasse fast ohne Partei und Apparat selbst befreien würden, als den Königsweg zum Sozialismus zu theoretisieren. Mit der Tatsache, dass die Oktoberrevolution dann in Folge einer langen Vorarbeit in Russland ausbrach, und nicht in England oder Deutschland wo die materiellen Gegensätze eigentlich nur auf den Funken der Spontaneität warteten um lichterloh in Flammen aufzugehen, schien die Geschichte eher Lenin als Luxemburg Recht zu geben. Struktur und Disziplin bestimmten daraufhin lange Zeit Form und Vorgehen sozialistischer Bewegungen, allen voran der Kommunistischen Parteien. Aber die „Stärkung der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter“ setzte sich gerade auch außerhalb der Sowjet Union munter fort bis es in den 1960er Jahren zu einem Bruch zwischen einer „neuen“ und „alten“ Linken kam, der sich zwar nicht nur, aber in weiten Teilen in Form einer Fetischisierung einer radikalen Spontaneität artikulierte. Spontis, Situationisten, Provos ... im langen 1968 (von den Beatniks zum Deutschen Herbst) wurde jede Begrenzung der Lust am Ich als autoritär bis hin zu links-faschistisch verschrien und die Befreiung der Welt durch die orgiastische Lust am Selbst gepredigt: von der durchaus dringenden sexuellen Befreiung und den Culture Wars, über esoterische Verklärungen von Kundalini, Urschrei, Gurus und Ashrams, hin zum Todestrieb einiger Linksterroristen die mehr aus persönlicher Wut gegen das System als von Hoffnung für das Volk getrieben wurden. Wer in der Folge nicht zur RAF oder den *Brigate Rosse* ging oder

nach einer Jugend als Maoist wie Paul Breitner beim FC Bayern landete oder zum *Nouveau Philosophe* und Sarkozy-Vordenker wurde, machte ein Vermögen in Silicon Valley oder setzte als Post-Materialist.in seinen Krieg für das Spontane gegen die Übermutter Thatcher fort. Aus Kommune 1 wurde ein bisschen Birkenstock und viel von Nikes *Just Do It* : Spontaneität als Schnittstelle zwischen wahrem Ich und Welt wurde zur Leitkultur sowohl des neoliberalen Kapitalismus, wie auch vieler sich selbst als „alternativ“ verstehender Lifestyles.

Der Sozialismus ist kein alternativer Lifestyle

Der Sozialismus, und noch weniger der Kommunismus, sind keine alternativen Lifestyles. Genau das wurde und wird ihnen auch lange vorgeworfen: eine Umverteilung der Besitzverhältnisse allein ändere nichts an deren Existenz und deren Folgen, und zudem sei eine unmittelbare Veränderung der sozialen Verhältnisse durch eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zweifelhaft. Auch der Sozialismus sei produktivistisch und stelle viele individuelle oder identitätsbezogene Problematiken als Nebenwidersprüche hintenan. Auch der Sozialismus setzte das Bruttosozialprodukt vor den Naturschutz. Auch im Sozialismus, gerade dem real existierenden, würden individuelle Freiheiten begrenzt, wenn auch im Namen des Kollektivs statt des Kapitals.

Sicher waren und sind viele dieser Kritikpunkte lange und oft zutreffend, und viele Bewegungen und Parteien des Sozialismus im 21^{ten} Jahrhundert sind nicht zuletzt deswegen aus Abspaltungen von den alten Kommunistischen Parteien entstanden. Trotzdem sind auch ihre Programme keine reinen Visionen alternativer Lebensweisen. Im Gegensatz etwa zum

Selbstverständnis der Grünen Bewegungen kann im Sozialismus nicht sinnhaft argumentiert werden, der kritische Konsument allein könne eine gerechte Gesellschaft gestalten. Auch der Sozialismus des 21^{ten} Jahrhunderts muss auf einer strukturellen Analyse der Wirtschafts- und Besitzverhältnisse gründen, sonst ist er kein Sozialismus. Und er muss mit dieser strukturellen Analyse auch eine strukturelle, keine spontanistische Lösung verfolgen und dementsprechende Mittel und Methoden anwenden.

Soziale Medien: Spontaneität als bürgerliche Verschleierung von Machtstrukturen

Unter den Bedingungen des Plattform-Kapitalismus und seiner Ideologie, die sich gerade in der aktuellen Phase der verschärften sozialen Atomisierung qua Pandemie-Schock-Strategie verhärten, stellt es eine besondere Herausforderung an den Sozialismus dar, sich nicht im Schein der Sozialen Medien zu verlieren. Wie die Geschichte gezeigt hat, und wie gerade in den letzten Jahren viele Autor.innen wie etwa Jodi Dean immer wieder unterstreichen, bedurften sozialistische Projekte aller Größenordnungen immer einer Struktur die es überhaupt erst möglich machte spontan sich ergebende Gelegenheiten beim Schopf zu fassen. Dabei reichte der Begriff der Struktur von einfacher Informations- und Bildungsarbeit (also immateriellen Strukturen) zu Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und anderen Formen mehr oder weniger institutionalisierte Affinitätsgruppen. Seit der Jahrtausendwende werden diese beiden Pole jedoch immer mehr von sozialen Medien überlagert, welche zugleich Bildungs- und Informationsinstrument sein wollen und Ort und Struktur für Versammlungen, in denen sozusagen Chat-Groups Parteien überflüssig machen. Dabei erscheinen die sozialen Medien selbst oft als immaterielles Gemeingut, obwohl sie durch extrem kostenintensive materielle Strukturen generiert werden

und harte Teilnahmeregel durchsetzen, welche allein von ihren Besitzern und nicht von den Nutzer:innen gemacht werden, die wiederum jederzeit gesperrt und gelöscht werden können.

So entsteht die Wahrnehmung eines spontanen Sozialismus, oder zumindest spontaner Revolten welche sich vom arabischen Frühling, über diverse Besetzungsbewegungen (Occupy, Indignados, Nuit Debout, Hong Kong ...) quasi aus dem Nichts im Akt der Revolte selbstorganisieren. Dass sie dabei strikt innerhalb der Möglichkeiten ihrer jeweiligen Plattformen bleiben, bzw. sich für ihre „spontane“ Organisation auf die Möglichkeiten der Plattformen und die bereits von diesen geleistete Vorarbeit stützen, wird vergessen. Dies begünstigt eine Nutzererfahrung, die suggeriert, Politik könne viel spontaner angegangen werden als es innerhalb der veraltenden Parteien mit ihren Strukturen und Verpflichtungen geschieht. Dieser Spontansozialismus besteht heutzutage in der Regel nicht mehr aus kontinuierlichen Basisgruppen, oder Bewegungen, sondern einer losen Sammlung an nicht immer miteinander kohärenten Ideen und Engagements, an Gruppen denen man auf den sozialen Medien folgt, , an einzelnen Veranstaltungen an denen man hin und wieder teilnimmt, generell aber eher auf Youtube verfolgt, an Chat-Gruppen und Lifestyle-Entscheidungen.

Problematisch wäre das an und für sich nicht, allerdings steht dieser selektive Spontansozialismus nicht auf dem Wahlzettel. Er hat keine Adresse oder Lokal in dem man sich mit anderen Spontansozialisten austauschen, verbünden und verschwören könnte. Er hat, sofern er nicht von Plattform-Bewegungen organisiert wird, meist kein eigenes Logo, aber es gibt alternative Merchandise die dafür herhält, etwa Superheldenmasken oder Silkscreen bedruckte Beutel aus Tensil. Damit bleibt er zwar in sich geschlossen, denn wer die Gruppen nicht sucht und die Zeichen nicht lesen kann bleibt außen vor,

aber wer eben nicht modern genug ist, ist eh nicht willkommen. Zur Volksbewegung taugt der Spontansozialismus also nicht. Weil er eben nicht auf dem Wahlzettel steht, motiviert er aber eh nicht unbedingt zum Parlamentarismus, der ja zu sehr strukturiert, zu wenig spontan ist. Viel besser ist doch der Spontansozialismus auf Raves, oder wenn dann nur mit ganz niedrighschwelligen Strukturen, etwa beim kooperative Bioladen an der Ecke.

Zur Zeit müsste es eigentlich leicht sein darauf hinzuweisen, dass Spontaneität historisch dem Faschismus zuzuordnen ist, dem Individuum mit seinem „Willen zur Macht“, seiner toxischen-stupiden Virilität und seinen alternativen Fakten die sich die Welt machen wie sie ihnen gefällt. Denn: Duterte, Bolsonaro, Trump: charismatische Populisten *just do it*. Aber: Amazon, Apple, Facebook, Instagram ... Clicktivism, Mass Open Online Courses, E-Demo ...das Spontane, das Unmittelbare ...wieso Sein schaffen wenn es Schein so viel schneller, einfacher und umsonst auf den Bildschirm gibt ohne dass man sich dafür die Hände schmutzig machen muss?

In unserer spontanen Gesellschaft hat der Spontansozialismus dem Straßensozialismus schon lange den Rang abgelaufen. Deswegen veralten viele sozialistische Gruppen demographisch, während spontan-charismatisch orientierte Gruppierungen mit mehr oder minder Persönlichkeitskult und niedrighschwelligen Strukturen neue Wählerschaften gewinnen (La France Insoumise, diem25, Podemos, M5S, Piraten ...). Diese Bewegungen verbinden oft sehr lose und spontane Ortsgruppen mit sehr undemokratischen und führungsbezogenen überregionalen Strukturen. Viele von ihnen funktionieren über Plattformen oder gar Apps auf denen Ein- und Austritt oft nicht viel mehr sind als Ein- und Ausloggen. Man sucht sich die Themen aus zu denen man aktiv werden viel, man personalisiert sich das

Politikerlebnis, ganz ohne Disziplin für langweilige Sitzungen oder Soli-Aktionen zu Themen die einen nicht so interessieren.

Ein Gedankenexperiment zur Bebilderung: Statt einer KP die immer 10 Mann zu jeder Demo schickt und so die Kräfte bündelt, machen 2 Mann ein Gruppe in den Sozialen Medien auf um jeweils noch 8 verschiedene Sympathisantinnen zu ihren jeweiligen Interessen zu mobilisieren. Wenn das klappt, hat man dann jeweils 10 Leute am Start, aber eine breitere Basis (16 Leute statt 10) die mit weniger Bewegungsinvestment (2 Verantwortliche statt 10 Mitglieder) eventuell sogar mehr Motivation auf die Straße bringt. Wenn bei der KP der Strukturaufwand 10 und das spontane irgendwo bei 0 wäre, wäre dann im zweiten Fall der Strukturaufwand bei 2 und das spontane bei 16 zu bemessen. Der moderne Kapitalismus würde das als Ressourceneffizient, mobil und dynamisch loben, gerade auch weil die verwendete Infrastrukturen (Soziale Medien) die Bewegung quasi nichts kosten. Lenins Warnung der „Stärkung der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter“ hallt hier deutlich nach.

Spontaneität in die öffentliche Hand: Sozialismus im 21^{ten} Jahrhundert

Die Nutzungserfahrung der Spontansozialisten sind also generell niedrighschwellig, nicht verpflichtend und eben spontan und gerade deswegen attraktiv und populär. Aber nur weil einerseits gerne ignoriert wird, wie viel Gestaltungsmacht nun auf nur 2 statt 10 Personen konzentriert wird, und weil andererseits, wie schon erwähnt, die Tatsache verschleiert wird, dass diese Form der Spontanität auf harten Strukturen (etwa den genutzten Plattformen) beruht, die vorab

bestimmen was auf ihnen möglich ist und wer dabei sein darf.

Betrachtet man diese Strukturen aber trotz aller Kritik als Instrument für den Sozialismus im 21^{ten} Jahrhundert – und angesichts ihrer ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Macht kann man sie nicht einfach fortwünschen – so gilt es demnach 2 Dinge zu tun:

- Aufzeigen, dass Spontaneität hier nur Schein ist, dass sie stark strukturiert und kontrolliert ist und was dies für ein sozialistisches Projekt bedeutet
- Sich diese Strukturen durch Übernahme durch die Öffentlichkeit aneignen oder, angesichts ihrer gefährlichen Wirkungsmacht, abschaffen und durch alternative, offene und transparente Strukturen ersetzen

Um es klar zu sagen: diese Argumentation basiert auf der Annahme, dass ein Sozialismus im 21^{ten} Jahrhundert nicht allein außerhalb der modernen Kommunikationsstrukturen entstehen kann. Aber: noch weniger kann er ausschließlich innerhalb dieser Strukturen entstehen. Damit das Sein sich den Schein unterwerfen kann, damit die Gesellschaft sich vom Kapitalismus befreien kann, muss diese den Kapitalismus militärisch und ideologisch entwaffnen, was heute unbedingt die modernen Medien begreift, die über den Informationsgehalt einer Wandzeitung hinaus, zu alternativen Organisationsformen geworden sind.

Um dies zu erreichen, muss der Sozialismus in der Welt agieren und sich dort die Strukturen geben um gegen das Opium der Spontaneität vorgehen zu können. Funktionierende

Gemeinschaftsgruppen, vom Kneipenkollektiv und Soli-Partys, über Gartengemeinschaften, Sozialistische Sportvereine, Nachbarschaftsgruppen, Koordinations-Plena mit anderen Bewegungen, Arbeitenden-Zentren &-Zellen und derlei mehr müssen die Grundlage des Sozialismus im 21^{ten} Jahrhundert sein, nicht Sozial-Medien-Gruppen und Super-Star-Polititreibende oder Akademiker.innen die auf Parteitage die Parteikartentragende und das Stimmvieh anziehen sollen wie Musiker auf Festivals die Eingangskartentragenden! Aus diesen Gemeinschaftsgruppen entstehen und bestehen die tatsächlichen sozialen Netzwerke, nicht aus über Propaganda gemästeten Followerzahlen auf den Sozialen Medien!

Die Partei darf nur ein Teil der Bewegung sein

In diesem Sinne braucht eine sozialistische Bewegung keine Follower, sondern Kameraden. Diese Kameraden geben sich Strukturen verschiedenster Form, von denen die Partei eine von vielen möglichen ist. Insofern eine Partei sich durch das Ziel politischer Macht definiert, darf sie aber nur ein Teil des sozialistischen Projektes sein. Eine Partei kann andere Strukturen, wie die beispielhaft erwähnten Gruppen und Kollektive, gründen oder stärken. Sie kann eine Hauptstruktur sein, die andere Strukturen ermöglicht. Aber im Gegensatz zu allen anderen sozialistischen Strukturen muss sie sich fragen, ob sie nur jene vertreten will, die in ihr Handeln, oder ob sie darüber hinaus Spontansozialisten und Follower sammeln will, von denen allein die Wahlstimme reicht. Sie muss sich fragen, in wie fern sie organisch-strukturell sein möchte und in wie fern sie synthetisch-spontan sein möchte. Die Stärke der mythischen alten Arbeiterpartei war, dass sie organisch stark genug war um Volkspartei zu sein. Ganz nach der Kernhypothese des dialektischen Materialismus – wenn eine große Menge der Gesellschaft ihre Ausbeutung nicht mehr

aushalten kann, erhebt sie sich und führt eine qualitative Veränderung der Umstände herbei – brauchte die alte organisch-strukturelle Partei nicht Kameraden zu werben oder gar zu schaffen, sondern entstand aus deren zahlenmäßig ausreichend starker Masse heraus. Neue Plattform-Parteien wie M5S, PODEMOS, La France Insoumise oder die Piratenparteien, aber auch viele Liberale Parteien wie die FDP, die britischen Liberalen oder die US-amerikanischen Parteien, verzichten hingegen ganz auf einen organischen Anspruch und verfolgen fast ausschließlich eine synthetisch-spontanistische Strategie, deren Ziel letztlich immer eine Eliten-Herrschaft von Multiplikatoren und Influencern über Massen von Individuen ist, die sie begeistern oder zumindest amüsieren, zu denen sie sich aber nicht über ein Politanbieter-Konsument-Verhältnis hinaus verbunden oder verpflichtet fühlen.

Mittel zur Mitte oder organischer Sozialismus?

Der Sozialismus ist per Definition organisch. Er entsteht aus dem Volk für das Volk. Er bezeichnet Strukturen die entstehen wo Massen sich zu Gemeinschaften formen. Er verfolgt eine strukturelle Analyse und Methodik, in der er transparent ist über sein eigenes Wesen, aber vor allem auch immer wieder die Schichten der vermeintlichen Spontaneität des Kapitalismus abkratzt um unter dem ganzen Spektakel die Strukturen der Macht- und Besitzverhältnisse sichtbar und verständlich zu machen. Spontaneität ist seit längerem das politische Mittel zur Mitte: ansprechende Graphiken, inszenierte Parteitage und Soziale-Medien-Kampagnen, Infostände mit Kugelschreibern, Luftballons, Augmented Reality und Karaoke sind probate Mittel für Akteure des gesamten politischen Spektrums. Im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft sind sie eine meisterhafte Handhabung des bürgerlichen Bewusstseins um bürgerlichen Erfolg zu erreichen.

In wie fern darf der Weg der Partei über die Wahlen eine Nutzung des Mittels zur Mitte rechtfertigen? Inwiefern kann dieses Mittel vom Stadtteilkollektiv genutzt werden ohne als Selbstzweck den organische Kern des Kollektivs zu ersticken? Was ist das richtige Gleichgewicht zwischen Spontaneität als Ideologie (Verschleierung von Machtstrukturen) und Spontaneität als Methode (Facebook-Feier um Mitglieder für Jugendorganisationen zu gewinnen), zwischen Struktur als Ideologie (die Veränderung des materiellen Unterbaus führt automatisch zur Veränderung des Überbaus und also des Bewusstseins) und Struktur als Methode (Gründung von Basisgruppen und Aufbau des Sozialismus von Unten nach Oben)?

Mitunter wird argumentiert, synthetisch-spontanistische politische Gruppen wären auch deswegen so erfolgreich, weil sie Gemeinschaften schufen (synthetisierten) wo organische Gruppen wie etwa die Arbeiterklasse nicht mehr existieren, bzw. wo bestehende organische Gruppen wie etwa Anti-Rassismus- oder Frauenbewegungen allein nicht reichten um ausreichend Masse zum politischen Erfolg zu mobilisieren. Dem zugrunde liegt jedoch ein falsches Verständnis des Organischen: wenn etwa zeitgenössische Arbeitsbedingungen kollektive Organisation am Arbeitsplatz erschweren, so kann beispielsweise eine Struktur wie ein Worker Center helfen, in dem sich Arbeitende aus unterschiedlichen Betrieben langfristig zusammentun, ohne dass gleich eine allein digitale Plattform allein einzelne Menschen zu allein einzelnen Ereignissen einlädt, als wenn es heute keine anderen Gemeinsamkeiten mehr gäbe als die Nutzung dieser oder jener Plattform.

Aufgabe sozialistischer Organisation muss es also sein, das

Organisch-Strukturelle in der Gesellschaft zu stärken, vor allem auch vor Ort und gegenüber dem Synthetisch-Spontanen und seinem Mythos von der allgemeinen Revolution die aus dem Individuellen entstünde. Dabei darf dieses als Mittel aber nicht ganz ausgeschlossen werden. Ein organisch starkes Kollektiv kann sehr wohl ein synthetisches-spontanes Instrument nutzen ohne sich mit diesem zu identifizieren oder gleich von ihm zerstört zu werden (ein stetes Risiko: die Verlagerung des Organischen ins Synthetische bis hin zur Selbstaflösung: Kündigung der Büros, Ende der persönlichen Begegnungen und Unternehmungen ...). Menschen, die bislang infolge der fortdauernden „Stärkung der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter“ noch nicht zu organischen Strukturen gefunden haben, können über synthetisch-spontane Wege erreicht und an andere Möglichkeiten herangeführt werden. Aber diese anderen Möglichkeiten dürfen eben nicht selbst synthetisch-spontanistisch sein. Gesellschaft muss organisch wachsen, gefördert durch den Sozialismus als gemeinschaftlicher Struktur, statt als spontanem Ereignis oder nettem, kleinem Pläsir der oder des sich selbst-verwirklichenden Einzelnen.

Duxiu Jiayin 27/08/20

5G Brave New World?

Das Allgemeinwohl – auf lateinisch *salus publica*, in Englisch *common good*, in Französisch *bien public*, “das Wohlergehen aller”, gemäß Duden – wird verstanden als “Gegenbegriff zu bloßen Einzel- oder Gruppeninteressen innerhalb einer Gemeinschaft”. Oberstes Gebot für Regierende und Politiker, denkt man.

„Wettbewerbsfähig“

Mir wurde berichtet, am 25. April dieses Jahres, globaler Protest-Tag gegen 5G, habe ein Flyer verteilender, beunruhigter Bürger Xavier Bettel, welcher rein per Zufall vorbeikam, kritisch auf 5G angesprochen. Unser Premier habe darauf geantwortet, seine Schwester sei zwar auch dagegen, 5G sei jedoch „wegen der Wirtschaft“ unumgänglich. Laut EU-Kommission ist 5G gar „Schlüsselfaktor der Wettbewerbsfähigkeit“, sie verheiße ein Marktvolumen von 225 Milliarden Euro bereits 2025. Dass der globalisierte Finanzkapitalismus einer ganz eigenen Dynamik folgt, welche oft nicht mit den Interessen der Gemeinschaft übereinstimmt und inzwischen gar das Überleben dieses Planeten bedroht, wird weltweit immer mehr Menschen klar. Genauso wie die Tatsache, dass in diesem Wirtschaftssystem schier obszöne Geldmengen und -blasen in den Händen von Multikonzernen und wenigen Superreichen liegen, die gierig nach neuen Investitionsmärkten schießen. Und die 5G Technologie verspricht neue Märkte und riesige Profite.

Aber wie steht es mit dem Allgemeinwohl? In einer demokratischen Gesellschaftsordnung würde man sich die Frage stellen: was brauchen wir, was wollen wir um gesund und glücklich zu sein? Womöglich sogar: Was braucht die Menschheit, was braucht das Leben um im Gleichgewicht zu sein, fähig das eigene Potential zu entfalten? Was wollen wir? Als Minimum erwarten sich die Bürger, dass, bevor in eine Technologie dieses Ausmaßes investiert wird (geschätzte 500 Milliarden € allein in der EU), Vorteile und Risiken – u.a. für Gesundheit und Umwelt – öffentlich und unabhängig untersucht und diskutiert werden. Bisher gibt es jedoch fast

gar keine Langzeit-Impakt-Studien, jedenfalls keine von unabhängigen Wissenschaftlern. Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments mit seinem Dokument „[Effects of 5G wireless communication on human health](#)“ weist seinerseits auf das große Gefahrenpotential der “gepulsten elektromagnetischen Felder” der 5G hin und kommt gar zur eindeutigen Schlussfolgerung dass aufgrund des Forschungsstandes die 5G einstweilen nicht eingeführt werden darf.

Ernsthafte Risiken

Dabei ist schon lange gewusst, dass Hochfrequenzstrahlung ernsthafte Risiken beinhaltet für Gesundheit. 2011 stufte die WHO elektromagnetische Felder als “möglicherweise krebserregend für Menschen” ein, andere Studien belegen das. *Kein Zweifel: 5G wird die Exposition gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Feldern, die bereits über die Strahlung von 2G, 3G, 4G, WLAN usw. vorhanden ist, erheblich erhöhen. Deshalb warnen zahlreiche Wissenschaftler und Ärzte vor den Folgen der 5G für die menschliche Gesundheit.* Die Rede ist von Krebsrisiko, Schäden am DNA der Zellen und der männlichen Samen, am Nervensystem, am Immunsystem, von Stress, Migränen und Schlafstörungen. Und es gibt immer mehr Menschen die besonders sensibel reagieren auf Elektrosmog, sie würden in Zukunft nirgends mehr Schutz finden.

Denn der Ausbau des 5G-Netzes, welches die drahtlose Übertragung von bis zu tausendmal mehr Datenvolumen pro Sekunde ermöglichen soll als bisher, erfordert die Installation einer Unmenge neuer Antennen, nicht bloß in städtischen Gebieten: alle 50 bis 100 Meter auf unseren Straßen, auf Arbeitsplätzen, in Wohnungen usw. 20.000 bis 50.000 neue Satelliten sollen unsern Planeten umkreisen und

mit Drohnen und Antennen interagieren.

What is the purpose and whom does it serve? Die Post, auch im Business, verspricht auf ihrer Homepage: „Das 5G-Netz wird unsere Gesellschaft in die Ära der Hyperkonnektivität führen ... und unseren Alltag dank der Vernetzung sämtlicher Objekte, Maschinen und Anlagen verbessern“. Doch was dürfen sich 99% der Weltbewohner tatsächlich von dieser neuen, zweifelsohne riskanten Technik erwarten? Die Rede ist von selbstfahrenden Autos, von Filmen die in Sekundenschnelle runtergeladen werden, von der Vernetzung der Dinge: Zahnbürsten sollen mit der Zahnpastatube kommunizieren, unsere Kühlschränke gar mit Amazons Lebensmittel Lieferdienst...

Big Brother

Weitere ganz große Gefahren der 5G sind womöglich gesellschaftspolitischer und geostrategischer Natur: Seine Implementierung wird eine totale, hautnahe Überwachung der Bürger ermöglichen. In einer Welt die mehr und mehr von den finanziellen Interessen übermächtiger Konzerne und immer weniger von demokratisch legitimierten Institutionen gesteuert wird, riskiert die schier enorme Quantität an Daten in private Hände zu gelangen und/oder den digitalen Überwachungsstaat vorzubereiten. Und in Erwartung dieser schönen, neuen 5G Welt ist das Kapital der Multis Amazon und SpaceX (ein privates US-amerikanisches Raumfahrt- und Telekommunikationsunternehmen) schon dabei zu fusionieren. Auch die 29 NATO-Mitglieder haben sich im Dezember 2019 auf ihrem Treffen in London zur 5G Technologie bekannt: das 5G-Netz soll preisgünstig dafür erhalten High-Tech Waffen, Raketen, Abfangraketen, Killerdrohnen, Spionagesatelliten usw. in Sekundenbruchteilen zu dirigieren und umzudirigieren.

Neue Studien bezeugen auch dass 5G den Stromverbrauch massiv steigern würde, also sicherlich keinen Ausweg aus der drohenden Klimakatastrophe bringt. Aus all diesen Ursachen fordert in Frankreich die *Convention Citoyenne pour le climat* ein Moratorium auf der 5G-Technologie, mehrere europäische Großstädte haben diesen Schritt inzwischen gemacht. Und es existieren zuverlässige Alternativen dazu, besitzt nicht gerade Luxemburg mit die höchste Glasfaser Dichte Europas? Schwer zu glauben, dass 5G die Menschheit in Richtung Lebensqualität, Klimaschutz, Demokratie und Frieden weiterbringen würde. Der Bürger hat ein Recht auf Antworten auf all diese Fragen. Denn kein Mensch, auch kein Kleinkind oder Fötus, wird vor den potentiell gefährlichen Folgen der 5G geschützt sein. Auch kein Tier und keine Pflanze. Und wie soll ohne unabhängige Impakt Studien das Vorsorgeprinzip garantiert werden? Alle kritischen Bürger als Verschwörungstheoretiker zu bezeichnen und so unangenehmen Fragen ausweichen wird nicht genügen!

„When I hear people talking of progress, I ask myself: Does this make us more human or less human?“ George Orwell

Claude Grégoire 5/7/2020

#BleibtDoheim (1)

Dieser geflügelte Imperativ sorgt seit Mitte März des Jahres Eins der Coronakrise für viel Aufregung. Brutale Veränderungen

durch den Lock-Down haben so ziemlich alles auf den Kopf gestellt. Das wirtschaftliche, das öffentliche aber auch das soziale Leben und alles was dazu gehört wurden mit der Verkündung bzw. der Verlängerung des « Etat de Crise » im sonst eher beschaulichen Luxemburg komplett ausgebremst. Beinahe Stillstand ...

Viele, nicht alle, weil sie nicht durften, blieben zu Hause. Schüler, Studenten, Lohnabhängige und Rentner sowieso. In Kurzarbeit, in sozialer Isolation oder in Perspektivlosigkeit. Für viele hieß es

schlicht und ergreifend „Bleiw doheem“: von zu Hause aus arbeiten. Das wirtschaftliche Leben wurde in großen Teilen und innerhalb von wenige Tagen von 100 auf 0 zurückgefahren. Gleichzeitig mussten sich innerhalb sehr kurzer Zeit ganz viele am Homeworking versuchen. Der Moment den Télétravail auf breiter Front zu testen war gekommen.

Und erstaunlicherweise schien es relativ gut zu laufen. Doch es gibt Regeln, die eigentlich auch in Krisenzeiten gelten. Ob diese Regeln beim Feldversuch eingehalten wurden ist zu bezweifeln.

Zu den Fakten: Es gibt eine Konvention, die am 21. Februar 2006 von OGBL und LCGB einerseits und der Union des Entreprises Luxembourgeoises andererseits unterschrieben wurde. Dieses Abkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, welches 2015 erneuert wurde, regelt detailliert die Bedingungen für das Homeworking. Homeworking, auch Homeoffice genannt, ist bekanntlich eine sehr spezifische Art und Weise zu arbeiten und unterliegt auch deshalb strengen Regeln. Im jeweiligen Arbeitsvertrag oder in einem Zusatz zum

Arbeitsvertrag, muss ein klarer Verweis auf den Artikel L.121-4 des Code du travail stehen. Der genannte Artikel definiert so etwas wie eine erweiterte Jobbeschreibung. Präzisiert werden muss zum Beispiel an welchem Ort genau der betroffene Homeworker seine Arbeit verrichtet, welche präzisen Arbeitszeiten gelten oder wie der Kontakt mit dem jeweiligen Vorgesetzten funktioniert, aber auch – und das ist wichtig – dass jeder Téléarbeiter dem entsprechenden Kollektivvertrag des Unternehmens unterliegt. Daraus ergibt sich, dass die Homeworker genau die elben Rechte und Pflichten haben wie alle anderen Beschäftigten eines Unternehmens X. Interessant zu wissen ist außerdem, dass die oben genannte Konvention eine Anpassungsfrist sowohl für die Beschäftigten als auch für das Unternehmen vorsieht. Diese Frist kann 3 bis maximal 12 Monate betragen. Die Tatsache, dass Homeworking immer auf freiwilliger Basis funktionieren muss, rundet das Bild ab.

Risiken

Nun ist allerdings zu befürchten, dass keine oder nur wenige dieser Bedingungen überprüft oder eingehalten wurden. Das wäre aus verständlichen Gründen wohl auch kaum möglich gewesen. Tatsache bleibt aber, dass auch weiterhin viele Beschäftigte von ihrem Homeoffice aus arbeiten. Denn was von 0 auf 100 einigermaßen funktioniert hat, muss nicht zwangsläufig umgekehrt genau so funktionieren. Es ist wichtig eine objektive Bilanz zu ziehen, um alle Fakten auf den Tisch zu bekommen. Es ist genauso wichtig, die richtigen Lehren aus dieser Zeit zu ziehen. Da darf nichts geschönt oder unter den Tisch gekehrt werden. Ja es stimmt: Homeworking hat viele Vorteile, sowohl für die Beschäftigten, wie auch für die Unternehmen. Und in Corona-Zeiten ist man geneigt das Provisorium etwas länger dauern zu lassen. Schließlich gibt es viel weniger Staus auf unseren Straßen und der entsprechende

CO² Ausstoß ist wohl um einiges gesunken. Zwangsläufig.

Wer meint, dass wir aus den Erfahrungen mit Homeoffice während dieser Krise ableiten können, dass die flächendeckende Téléarbeit für sowohl Gebietsansässige wie Grenzgänger die Lösung für unsere Stau- und Umweltprobleme sein kann, irrt aber. Und zwar gewaltig! Erstens, kann oder will nicht jede(r) Homeoffice machen. Zweitens, wird es nicht reichen, und drittens es ist zu simpel. Und viertens, birgt ein solches Vorgehen enorme Risiken. Zuvorderst für die Beschäftigten im Homeoffice. Die jetzigen und die zukünftigen. Das Risiko, dass es in näherer oder entfernter Zukunft zwei Kategorien von Beschäftigten geben wird: die Stammebelegschaft die auch weiterhin physisch im Betrieb präsent ist, und eben die anderen. Diese Anderen riskieren über kurz oder lang sozusagen ausgelagert zu werden. Und riskieren damit irgendwann ein ähnliches Dasein zu fristen wie etwa Mitarbeiter von digitalen Plattformen, scheinselbstständig und selbstausbeutend. Unsere Verkehrsprobleme bekommen wir nur gemeinsam in den Griff, dadurch dass wir vermehrt die Leute von der Straße, sozusagen aus ihren Autos heraus, auf den öffentlichen Gemeinschaftstransport bringen. Das ist nachhaltig, ökologisch sinnvoll und bringt jedem einzelnen etwas. Der zu erwartende gesamtgesellschaftliche Mehrwert erfordert zum Teil radikale Maßnahmen. Diese zu ergreifen erfordert wiederum ein hohes Maß an politischem Mut.

Umdenken jetzt

Diese Krise hat gezeigt, dass viele Leute dazu befähigt sind, wenn es drauf ankommt, ihr Handeln und ihre Gewohnheiten in Frage zu stellen. Es ist nicht zu früh schon heute die –

nennen wir sie mal „Post-Corona“ – Zeit nach dem Lock-Down vorzubereiten. Dieses Mal müssen wir agieren und nicht nur reagieren. Und die Zeit drängt. Viele Krankenhäuser fahren ihre Kapazitäten wieder auf Normalbetrieb runter. Das mag auf den ersten Blick logisch erscheinen, und verschafft den Pflegekräften und Ärzten hoffentlich eine Verschnaufpause. Doch die brennenden Fragen sind damit nicht gelöst. Es hat sich während dieser Krise gezeigt, dass unser Gesundheitssystem schlecht vorbereitet war. Dieses Problem hat Luxemburg gemeinsam mit seinen direkten Nachbarn. Diese Tatsache sollte uns allerdings nicht beruhigen. Luxemburgs Gesundheits- und Pflegesektor ist personell stark unterbesetzt. Dass dieser wesentliche Bereich personell aufzustocken ist muss eine der Lehren sein, die aus der Pandemie gezogen werden und muss damit oberste Priorität haben. Es ist kein Geheimnis, dass gerade in Gesundheit und Pflege die Krankenzahlen riskieren durch die Decke zu schießen.

Die besorgniserregende Zahl von Burn-Outs im Gesundheits- und Pflegesektor spricht eine unmissverständliche Sprache. Was muss eigentlich noch geschehen damit doch noch etwas passiert? Werden die dringenden Probleme angepackt, oder wird so wie in der Vergangenheit darauf vertraut, dass sich die Wogen wieder glätten und man zur Tagesordnung übergehen kann? Unser Gesundheitswesen ist keine Ware genauso wenig wie unsere Gesundheit selbst. Unser Gesundheits- und Pflegesystem gehört zu 100 Prozent in öffentliche Hand! Bestrebungen weitere Teile aus diesem System heraus zu brechen müssen konsequent unterbunden werden. Wo ist eigentlich das Gesetz zur großherzoglichen Verordnung vom 17. Juni 1993, welche die Liste der medizinischen Geräte die NICHT von Ärzten oder Zahnärzten angeschafft werden dürfen bestimmt? Oder anders ausgedrückt: wo ist das Gesetz, dass die Liste jener Geräte die ausnahmslos nur in und von Krankenhäusern betrieben werden

dürfen festlegt? Es gibt ein Urteil des Verfassungsgerichtes vom 5. Juli 2019, in dem einem Radiologen der gegen die oben genannte Verordnung geklagt hatte, darin Recht gegeben wird, dass eine großherzogliche Verordnung allein nicht ausreicht um eine solche Liste bindend zu definieren. Während man sich in politischen Kreisen schwer tut auf dieses Urteil zu reagieren, werden anderenorts bereits Fakten geschaffen. Eine Spaltung unseres Gesundheitssystems und eine zementierte Zweiklassenmedizin wird die Folge sein. Das wollen viele nicht ... außer denjenigen, die es sich leisten können.

Jean-Claude Thümmel 06/05/2020

Demain

Demain tout est pareil. Demain est comme hier et avant-hier, comme la semaine passée et la prochaine. Mais qu'est-ce qui est pour l'autre demain ? Le demain futur, celui d'après. Après le virus, après la crise, après... *Après* : une notion de souvenirs passés en relation avec le désir de pouvoir vivre après comme avant. Mais est-ce cela que nous voulons ?

Est-ce que cette crise pourrait être l'opportunité de pouvoir restructurer, remodeler notre société pour un futur adapté aux exigences du XXIème siècle ? Ou est-ce que nous voulons revivre chaque décennie une crise profonde qui nous témoigne de la fragilité du système capitaliste globalisé ? Tôt ou tard ce système s'effondra car ce type de capitalisme est si fragile que chaque crise nécessite une aide des Etats qui essaient de réanimer une personne trop fragile pour perdurer.

Les Etats font comme avant jusqu'à la prochaine crise et entretemps ce sont les plus fragiles de la société qui en payent les conséquences. N'est-ce pas le temps, maintenant, de diminuer l'écart entre riches et pauvres. N'est-ce pas le temps, maintenant, de prendre au sérieux l'urgence climatique. Les Etats ont été très réactifs afin prendre les mesures adéquates pour protéger les citoyens et s'occupent très intensément afin de pouvoir relancer l'économie pour l'après. Pourquoi l'urgence climatique n'est-elle pas traitée de la même manière ? Elle aussi est une crise, un virus qui se propage, moins visible et aussi mortel. La capacité des Etats de changer une société est donnée. Cependant, la volonté est absente.

Cette crise planétaire du Covid-19 touche chaque individu mais pas de la même manière. L'écart entre les différentes couches sociales augmente et ne cessera pas d'augmenter avec cette crise. Au contraire, elle accélère ce processus et c'est pour cette raison qu'il faut d'autant plus investir dans le système social. Les inégalités se feront sentir au niveau du logement, de l'éducation, du travail et de la santé. Il faut revaloriser les métiers qui contribuent au bon fonctionnement de la société en temps de crise. Que ce soit au niveau salarial ou au niveau d'équipement professionnel et de quantité de main d'œuvre, afin de garantir un état sain physique et psychique des personnes concernées. Il est beau d'applaudir pour les soignant·s·es mais ce n'est pas pour cette raison qu'ils·elles pourront mieux dormir le soir. A cela s'ajoute que la majorité de ces personnes sont du genre féminin ce qui remettrait à l'ordre du jour le débat de l'égalité salariale devant ses pendant masculin.

Après cette crise, nous aurons deux choix ; soit on change en mieux, soit on reste avec le *status quo* et la situation

s'empirera toute seule. Le monde de demain sera la conséquence de nos choix d'aujourd'hui.

Fabio Da Re 22/04/2020

Eng zweet Rentrée des classes am Mee !?

Nachtrag zum GOOSCH-Artikel: Schoul-Vakanz-Doheem-an dann?

Das Wechselbad der Gefühle nimmt kein Ende. Mit Betonung auf Gefühle, weil man/frau tagtäglich mit neuen Zahlen und Fakten überflutet wird. Die Gesundheitsministerin selbst hat von „navigation à vue“ gesprochen. Der Bildungs- und Erziehungsminister bleibt, objektiv gesehen, auch recht vorsichtig in seinen Äußerungen. Das Einzige was klar scheint, ist die Tatsache, dass der Lockdown – die Ausgangsperre – langsam, aber sicher gelockert werden muss, wenn wir nicht die nächsten 18 Monate weiter Geisel von einem Virus bleiben wollen und ein Stück selbstbestimmtes Leben zurück haben wollen. Stufenweise, nicht zeitgleich und mit den nötigen Sicherheitsvorkehrungen. Die vorgeschlagene, stufenweise „rentrée des classes » ist in vielen Aspekten nachvollziehbar und logisch. Ein „Déconfinement“ kann nur etappenweise durchgeführt werden. Alles andere wäre fahrlässig.

Die StudentInnen der Uni oder der Oberstufe des Lyzeums und in Berufsausbildung zuerst, dann die restlichen

LyzeumschülerInnen und dann, Ende Mai, das ist in 5 Wochen, die Kinder aus der Grundschule, Kleinkinderbetreuung und „maison relais“. Unterschiedliche Zeitpläne für verschiedene Schuleinrichtungen die sich in Funktionsweisen, lokalen Gegebenheiten sowie personalmäßig klar unterscheiden und deren pädagogischer Auftrag auch nicht der gleiche ist. Eine „rentrée des classes“ ist zu diesem Zeitpunkt und Stand der Erkenntnisse nur dort umsetzbar:

- wo die Sicherheitsabstände eingehalten werden können
- wo eine Reduzierung der „Klasseneffektive“ durch eine Aufteilung in verschiedene Altersgruppen Sinn macht;
- wenn die sanitären Alltagsgesten wie das Tragen eines Mundschutzes oder das Desinfizieren der Hände gewährleistet ist;
- wenn gefährdete Menschen (SchülerInnen wie LehrerInnen) das Recht haben zu Hause zu bleiben.

Welche Grundschulkinder sollen zuerst wieder zur Schule?

Die Anmerkungen des Bildungsministers, dass in diesen Zeiten der Focus vor allem auf den „Kernfächern“ oder „Hauptfächern“ liegen sollte, ist doch etwas befremdlich. Ist doch der Lernprozess ein ganzheitlicher Prozess und Frontalunterricht auch über „Video“ hoffentlich passé! Die Schule soll auf das Leben vorbereiten – nicht nur auf das Arbeitsleben – dieser Aspekt sollte gerade in diesen Zeiten im Vordergrund stehen. Vor allem für Kinder aus der Grundschule und für junge Jugendliche! Soll doch den Kindern vor allem Empathie, Solidarität und Gemeinschaftssinn vorgelebt werden, um ihre Selbstständigkeit und ihr Selbstbewusstsein zu fördern. Wir wissen, dass es keine „lineare Entwicklung“ bei den Kindern gibt und dass die strikte Aufteilung in die verschiedenen

Jahrgänge den Entwicklungsschwankungen nicht immer Rechnung trägt. Wir wissen aber auch, und das nicht seit gestern, dass unser Schulsystem soziale Unterschiede eher verschärft, anstatt sie auszugleichen. Und in der aktuellen Situation werden diese Unterschiede noch verstärkt.

Zeitfenster nutzen, um Defizite aufzuarbeiten.

Wenn also ein „normaler Grundschulalltag“ am 25. Mai, nicht möglich sein sollte, warum dann nicht dieses Zeitfenster nutzen um die Kinder in die Klassen und Lerngruppen zurückzurufen, die wirklich riskieren emotional oder „schulisch“ auf der Strecke zu bleiben, anstatt alle Kinder aufzuteilen und abwechselnd eine Woche über die andere „Schule“ oder „Homeschooling“ anzubieten? Wäre dies nicht das „Gebot der Stunde“? Beinhaltet die Berufsethik des Erziehungs- und Lehrpersonals nicht gerade diese Herangehensweise in der aktuellen „Krisensituation“? Die Kinder und Eltern, die mit Homeschooling zurechtkommen, werden sicher Verständnis für diese Sondermaßnahme aufbringen und die restliche Schulzeit weiter „digital“ bestens überstehen.

Und warum die Grundschule 1 Woche vor den Pfingstferien öffnen und dann wieder eine Woche schließen? Um durch das Sammeln von Erfahrungswerten in dieser Woche Korrekturen für die restlichen 6 Wochen vorzunehmen? Für den Rhythmus der Kinder ist das allerdings nicht günstig. Also bitte die Schulen nach den Pfingstferien öffnen! Mir scheint, dass diese Überlegungen dringend in Betracht gezogen werden müssen, wenn jetzt „Stundenpläne“ und „Lehrpläne“ neu gestaltet werden für die bleibenden Wochen.

Es liegt in der Kompetenz des Schulpersonals dies abzuwägen.

« Homeschooling » wird ein wichtiges Instrument bleiben dort wo es gut akzeptiert ist und wo die Voraussetzung gegeben sind.

Angst essen Seelen auf.

Der vermeintliche „Erfolg“ der „Petition“, die Schulen nicht vor der offiziellen „Schul- rentrée“ im September zu öffnen, spiegelt die Verunsicherung und die Angst von vielen Eltern und Erziehungs- und Lehrpersonen wieder. Dennoch kommen wir nicht umhin die stufenweise Einschulung der Kinder zu organisieren. Dass die Gesundheit und Sicherheit erste Priorität haben, versteht sich von selbst. Dies haben sowohl die Gesundheitsministerin wie auch der Erziehungs- und Bildungsminister mehrmals unterstrichen. Und die verschiedenen Zeitpunkte sind auch provisorisch, das wurde auch klar betont. Die weiteren Tests sollen Klarheit bringen und der vorgeschlagene Zeitplan muss je nachdem angepasst werden.

Die Öffentliche Schule hat den Auftrag alle Kinder auf das Leben vorzubereiten!

Die Schule muss zu einer Solidargemeinschaft werden und nicht zu einem Ausleseinstrument verkommen! Jeder nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen gerade in Zeiten wo Einschränkungen notwendig sind! Die Öffentliche Schule hat den „Auftrag“ alle Kinder auf das Leben vorzubereiten, sie stark zu machen und Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu fördern. Bedürftigkeit und Fähigkeit müssen gegenübergestellt und abgewogen werden.

Ich bin zuversichtlich, dass die ErzieherInnen und LehrerInnen

sich dessen bewusst sind und Mittel und Wege finden werden, damit 2019/2020 kein verlorenes Schuljahr, sondern ein Jahr mit vielen starken Eindrücken und positiven Erfahrungen wird!

Z.T. chargée de cours 22/04/2020

JET LAG / OUT OF SYNC : Sind sie orientierungslos?

Orientierungslos?

Orientierungslos wird man beim Autofahren nachts im dichtem Nebel oder wenn Strassen schlecht beschildert sind.

Nun es handelt sich hier nicht um solch eine Art, sondern um eine gesellschaftliche Orientierungslosigkeit, hervorgerufen durch eine, sich rasant entwickelnde, mondialisierte und digitalisierte Welt.

Deshalb hat der Mensch seine innere biologische Uhr komplett umgestellt, gewollt oder ungewollt. Der Jetlag wird zu einem Dauerzustand. Es ergeht ihm genau so wie es einem Jumbojetpiloten ergeht, der dauernd den Erdball umkreist und so die Notion von Raum und Zeit verliert.

Die junge Generation ist noch viel mehr von diesem Zustand betroffen, ist sie doch dauernd Online, konnektiert über Facebook odere andere soziale Medien. Durch das unentwegte Hinschauen auf ihren Smartphone haben sie den Blick für ihre direkte Umge- bung verloren.

Somit ist die Thematik der Ausstellung, definiert von der Kuratorin Anouk Wies, aktueller und akuter denn je!

In den ausgestellten Werken werden Fragen aufgeworfen betreffend Wahrheit und Un- wahrheit, « fake » oder « nicht fake », Realität und Virtualität, Informationsüberfluss, Schnelllebigkeit, Reizüberflutung, Richtunglosigkeit sowie den Verlust der eigenen Identität.

Antworten auf all diese Fragen werden durch unterschiedliche künstlerische Medien wie z.B Malerei, Fotografie, Vidéo oder Installationen malerisch, plastisch oder konzeptionell zum Ausdruck gebracht.

Drei Antworten kann man aus den Werken deuten.

1. Zurück zur real erlebten Welt.

Daniel Wagener fotografiert analog und nicht digital, weil er so die Realität wahrhaftiger und ehrlicher darstellen kann. Da man digital das Bild manipulieren kann via Fotoshop z.B, kann man dem Zuschauer eine virtuell verbesserte Welt vortäuschen.

Boulc'h und Schosseler hinterfragen in ihrer Installation « Genetic Bloom » die Echtheit von Bildern die tagtäglich, via Internet, auf unseren Computern landen. Als Beispiel zeigen sie uns genveränderte Gänseblümchen die sich anscheinend nach dem Nuklearunfall in Fokoshima entwickelt haben sollen.

Nora Wagner setzt sich mit der Poesie von Alltagsgegenständen auseinander, mit kleinen Dingen die sie in ihrem Garten entdeckt oder in der näheren Umgebung ihres Wohnsitzes. So unternimmt sie den Versuch sich von den immateriellen, virtuellen Bildern die uns eine falsche Realität vortäuschen, zu trennen.

Im gleichen Sinne zeigt die Installation « Le Château Rue Marie » von Remy Laporte eine Ansammlung von Relikten aus seinem eigenen Geburtshaus, die Ausgangspunkt seiner Träume geworden sind. Auch er versucht sein Werk in eine persönlich erlebte Realität einzuordnen.

Guillaume Barborini versucht in seiner konzeptionellen Arbeit « Approche de la Presqu'île » die Gegenwart unmittelbar selber mit dem einfachen Mittel der Fusswanderung zu erleben. Wanderungen zwischen Städten, die später mit Hilfe der gesammelten GPS Daten, als graphische Linie auf grossflächigen Papieren festgehalten werden.

Chantal Maquet beschäftigt sich mit Motiven aus ihrer selbst erlebten, näheren Umgebung.

Bungalows aus ihrer Strasse , Bushaltestellen am Rande ihres Dorfes. Nachtaufnahmen und Schicht für Schicht Malerei lassen eine Atmosphäre des Unheimlichen entstehen. Der Blick des Zuschauers verirrt sich. Er verliert feste Bezugspunkte , so wie es einem auch in sogenannten virtuellen Bildwelten ergeht.

2. Zurück zu einem entschleunigten Leben.

In ihrer Installation « Hide and Seek » versucht Marie-Luce Theis uns klar zu machen, dass wir uns endlich von unserem Smartphone befreien sollen. Minimalismus und Asketismus sind der Schlüssel zum Erfolg. Nur so kann man sich der Übersättigung von Informationen und Reizen des Alltag entziehen. (Mondrian lässt grüssen!)

Entschleunigung der Zeit auch bei Aline Forçain, die für die Realisation eines Werkes mehrere Monate braucht. Es sind kleine minimalistische, schwarz-weiss Zeichnungen. Sie reagiert so gegen die Überproduktion von Bildern, aber auch

gegen die einfache und schnelle Produktion von digitalen Kunstwerken via « Copy-Paste » und « Plagiat » Methode.

Marianne Mispeläere präsentiert eine « in situ » also vor Ort realisierte Zeichnung mit dem Titel « mesurer les actes ». Sie drückt die Befürchtung aus, dass der Mensch von Morgen nicht mehr selber zu überlegen, unternehmen oder sogar zu reisen braucht, weil er bereits alle Informationen zur Verfügung hat. Wieder einfach ein Buch aufschlagen, lesen und zur Ruhe kommen sind die Mittel die sie in ihre Arbeit zum Ausdruck bringt.

3. Übermalen anstatt malen.

Das unternimmt Nina Tomas in ihren grossflächigen Wandmalereien. Diese bestehen ursprünglich aus mit Motiven gedruckten Stoffen. Diese werden teilweise übermalt so dass der Zuschauer mit weniger formalen und chromatischen Informationen konfrontiert wird und so weniger schnell die Orientierung verliert.

In demselben Sinne ist die akustische Installation » D'ici jusque là-bas » von Stefania Becheanu zu verstehen. Sie malt nicht was sie bei dem Aufenthalt in einer Stadt erlebt sondern sie nimmt nur Töne und Geräusche auf. Eine andere Art und Weise sich von Malerei und Bildhaftigkeit zu trennen.

Im « everything goes » Kunstzeitalter gibt es hier endlich wieder neue, erkennbare und gemeinsame künstlerische Auseinandersetzungen zu entdecken.

Ist die Zeit orientierloser zeitgenössischer Kunst endlich vorbei???



Museumswächter der langweiligste Job der Welt?

Als Museumswächter kommt man sich vor wie ein verwilderter Hund, der am Strand der portugiesischen Algarve herumstreunt. Er liegt die meiste Zeit unter Pinien und döst scheinbar gelangweilt vor sich hin. Doch er ist hellwach. Alles was um ihn herum geschieht registriert er mit detektivischer Genauigkeit...

Eine bessere Beschreibung des Berufes Museumswächter wie die von Mirko Wenig in seinem Artikel « Mein Leben als Museumswärter » in der Zeitschrift « Kunststoff » gibt es wohl nicht.

Die im Volksmunde oft diskriminierende Aussage, Museumswächter wäre der langweiligste Job der Welt, kann man so nicht stehen lassen.

Auch die Berufsbezeichnung « Wärter » ist nicht ganz passend, weil sie allzu sehr an die Tätigkeit in einer Strafanstalt erinnert. Der Museumsbesucher würde dann gleichgesetzt mit dem Status eines Verbrechers. Das ist aber nur wahr in dem Fall wo, wie so oft, Künstlerkollegen anderen ihren Stil oder ihre Ideen kopieren.

In jedem Fall ist dieser Job nicht Jedermans Sache.

Wichtigste Voraussetzung wäre folgende: Anwesenheit in der Abwesenheit zeigen. (klingt wie eine diskriminierende Aussage gegenüber Staatsbediensteten !). Der Wächter muss also für den Besucher unsichtbar sein, damit er

den Gast nicht beim Betrachten der Ausstellungstücke stört und er muss gleichzeitig immer auch Präsenz zeigen, so dass sich der Gast nie unbeobachtet fühlt.

Deshalb kann man dem Beruf des Wächters den selben Status wie den von Geistern und Gespenstern geben oder toten Personen um die man trauert. Man muss also ständig in einer Art Schwellenzustand sein und einen Spagat zwischen Sein und Nichtsein machen können.

Für diesen Job braucht man ausserdem viel psychologisches Feingefühl. Denn Leute unbemerkt zu beobachten, bedeutet Menschen aus den Augenwinkeln heraus zu beobachten ohne sie direkt anzuschauen. Man darf den Besucher nämlich nicht verunsichern. Demnach gilt es so diskret wie möglich zu sein.

Man muss erkennen wann ein Besucher vor einem Kunstwerk in Extase fällt, um ihn in gar keinem Fall dann dabei zu stören. Das wäre genau so schlimm wie wenn ein Priester einen Gläubigen beim innigen Beten plötzlich stören würde.

Doch damit nicht genug. Eine weitere Belastung des Berufes käme hinzu, nämlich die negativen psychologischen Effekte der sogenannten Monotonie.

Tatsache ist dass in diesem Beruf kein Mensch mit einem redet. So ist man als Wächter gezwungen dauernd Selbstgespräche zu führen. So wird man seelisch schnell verwundbar und die Gefahr der Vereinsamung ist umso grösser.

Viele Wächter behaupten die Arbeit würde einem bereits nach 3 Wochen aufs Gemüt schlagen.

Sie ertragen dann sogar das Summen der Neonleuchten nicht mehr. Sie entdecken dann in abstrakten Bildern, Figuren und Gesichter, die sie dann später beim Psychotherapeuten deuten müssen.

Viele kämen, laut einer britischen Umfrage bei Museumswachleuten, in die Versuchung ein Kunstwerk einfach zu zertrümmern oder ein Porträt nachträglich mit einem Schnurrbart zu versehen. Nein, das ist kein Scherz vom britischen Komiker Mr BEAN !

Natürlich kann man sich vorstellen, dass das Austellen von sogenanntem Kunstschrott, manch einen Aufseher auf die Palme bringt, weil er denkt dass er auch so was herstellen könnte.

Eine andere psychische Belastung die bei der Ausführung dieses Berufes auftreten kann ist die des Lärmes. Das kann einen verwundern, herrscht doch meist in Museen eine ruhige, fast andächtige Stimmung wie z.B in Kirchen.

Dies kann der Fall bei sogenannten Videoinstallationen sein. In einem Berliner Museum gab es einmal eine Installation des israelischen Künstlers Absolon mit dem Titel « Bruit ».Lärm und Geschrei in einer Endlosschleife was dessen Inhalt. Das Aufsichtspersonal musste diese Situation auf stoische Art und Weise stundenlang ertragen. Sie machten so einige Zeit lang den schwersten Job der Hauptstadt. So was kann nur die Mutter einer 6 köpfigen Kleinkind Familie aushalten, ein Formell Fan oder jemand der direkt neben einem internationalen Flughafen wie Frankfurt am Main lebt. Aber da gab es Gott sei Dank das sogenannte Rotationsprinzip.

Eine zusätzliche psychische Belastung ist die Müdigkeit. Das erklärt warum bei Bewerbungsaus- schreibungen immer nach der Stehqualität gefragt wird. Denn in aller Öffentlichkeit stehend einschlafen ergibt kein schönes Bild. Man denke da nur an eingeschlafene Reisende in Zügen oder Flugzeugen. Es gilt Strategien zu entwickeln dem vorzubeugen, wie z.B das bewusste und präzise anspannen verschiedener Körperteile und Muskeln. Natürlich alles ganz diskret, versteht sich von selbst.

Langweile und Müdigkeit treten aber meistens nur auf wenn die Ausstellung an sich ein totaler Flop ist.

Museumswächter sind froh über jede Art von Abwechslung und das klingt paradox. Sie freuen sich z.B auf gelangweilte oder undisziplinierte Schulklassen, auf Besucher die ihre Nase zu nah an Kunstwerke halten oder jene die Selfies von antiken Statuen machen zwecks Penisvergleich.

Museumswächter müssen noch weitere Voraussetzungen anbieten können, wie z.B einen reibungslosen Durchlauf der Besucher garantieren, Grundkenntnisse der Sammlung besitzen, deeskalierendes Auftreten in Konfliktsituationen beweisen, verdächtige Person überwachen können, Zutrittskontrollen machen und Schlüssel gewissenhaft verwalten können.

Daneben werden weitere Qualitäten geschätzt. Körperlich belastbar sein, langes Stehen ertragen, am Wochenende gerne arbeiten, ein gepflegtes Äusseres haben, eine freundliche Ausstrahlung haben, teamfähig sein. (gewisse Parallelen zum Friseurberuf sind hier unverkennbar)

In Deutschland wird der Mindestlohn bezahlt, also ungefähr 9,35 Euro die Stunde. Die wöchentliche Arbeitsdauer liegt zwischen 30-40 Stunden.

Sind Museumswärter überall gleich ?

Ja ausser in Russland. In St. Petersburg sind die Museumswächter hauptsächlich ältere Frauen, die ihre eigenen Kleider tragen. Sie hatten früher einen guten Job, sind jetzt in Rente und sind stolz auf ihre Arbeit. Anstatt auf einer Parkbank zu hocken und über ihre Wehwehchen zu jammern sitzen sie lieber im Museum. Sie empfinden diesen Job als patriotische Aufgabe ! (Hört, hört Leute in den Altersheimen hier zu Lande !)

Hinweis :

Dieser Artikel basiert hauptsächlich auf « second hand »

Informationen, weil man dem Wachpersonal in den Museen hier in Luxemburg keine Fragen stellen darf. So erlebt vor kurzem im MUDAM, Luxemburg. Will man also etwas über die Arbeitsverhältnisse des Personals herausfinden, bleibt einem nichts anders übrig, als auf die altbewerte « Undercovermethode » eines Günter Wallraffs zurück zu greifen !

Doch wer wagt das ?

QUELLEN :

« Mein Leben als Museumswärter », Mirko Wenig, Kunststoff.

« Das ist der schwerste Job der Hauptstadt », Jörg Niendorf, Welt N24.

« Schlimme Berufe », miesepeters.de

« Aufpassen », Max Fellman, Andy Freeberg, Süddeutsche Zeitung.

« Wenn Museumswärter endlich » « Scheissdreck » schreien, Welt24 -Kultur

Soutenir les commerces indépendants, notamment aussi dans le domaine culturel!

Aux yeux de déi Lénk, il est urgent que les responsables politiques municipaux fassent le point de la situation et qu'ils s'engagent résolument en faveur du commerce indépendant au centre ville et du commerce de proximité dans les quartiers. Une attention toute particulière doit revenir aux librairies, qui sont des lieux culturels essentiels.

Il est nécessaire aussi de donner une chance aux jeunes qui désirent entreprendre, mais dont l'initiative se trouve

bloquée par la prédominance des grands promoteurs et par les capitaux importants qu'ils doivent mobiliser.

Dans cet esprit, déi Lénk a présenté une motion au conseil communal de la Ville. Celle-ci insiste sur le sérieux de la situation, elle demande à la majorité DP-Déi Gréng d'abandonner la politique du laisser-faire et du champ libre laissé à tous les excès du «marché» et elle avance des propositions concrètes d'intervention.

Les revendications essentielles de la motion sont les suivantes:

- analyser en détail la situation actuelle;
- assurer à travers les plans directeurs du nouveau plan d'aménagement de la ville, les plans d'aménagement particulier futurs et la réglementation urbaine, une meilleure mixité commerciale au centre-ville et le maintien, respectivement le rétablissement du commerce de proximité dans les quartiers;
- dresser un inventaire des immeubles appartenant à la Ville qui permettent d'accueillir des locaux de commerce; mettre à disposition ces locaux à des loyers abordables suivant des critères objectifs favorisant le commerce indépendant et de proximité et en acquérir de nouveaux;
- soutenir la création d'une plate-forme numérique permettant aux commerces indépendants de résister aux grandes multinationales établies sur internet;
- apporter un soutien déterminé à la culture du livre, dont les bibliothèques publiques et les librairies indépendantes sont les meilleurs défenseurs, et cela par des actions publiques en faveur du livre et une politique de coopération engagée;

– appuyer les initiateurs de sociétés d'impact social (SIS) qui voudraient contribuer notamment à la préservation et au développement du lien social et au développement d'activités culturelles ou créatives.

Comme d'habitude cette motion a été transférée en commission consultative, où elle risque de passer l'été. N'empêche que la discussion publique a commencé et que le soutien aux commerces indépendants constituera certainement un sujet important dans la campagne pour les élections communales du 8 octobre!

1917: la Révolution de février

Cette année marque le centième anniversaire de la Révolution russe. Goosch va publier une série d'articles au cours de l'année pour retracer les étapes de cette révolution. Nous ne serons pas les seuls à nous y intéresser. Pour certains, ce sera l'occasion de réduire l'événement à un putsch dirigé par le Parti bolchévique et de télescoper deux décennies d'Histoire pour montrer une continuité entre la révolution et sa négation stalinienne, qui culminait dans la terreur des années 30. Dans le but évident de discréditer l'idée même de révolution. Nous voulons au contraire démontrer le caractère de masse, donc démocratique de la Révolution de 1917.

La révolution

Il n'y a pas une seule définition de ce qui constitue une révolution. Mais un élément clef est celui avancé par Léon Trotsky, qui était à la fois un de ses principaux acteurs et

auteur de la première grande histoire de la Révolution russe. Pour lui, «le trait le plus incontestable de la Révolution, c'est l'intervention directe des masses dans les événements. (...) L'histoire de la révolution est pour nous, avant tout, le récit d'une irruption violente des masses dans le domaine où se règlent leurs propres destinées».

C'est justement ce qui se verra tout au long de l'année 1917. Et nous essayerons de comprendre pourquoi et comment ces «masses» ont fait irruption et comment leurs actions ont culminé dans la Révolution d'octobre. L'histoire de la révolution est aussi, bien sûr, celle de partis et de leurs dirigeants. Mais dans une véritable révolution, les partis et leurs dirigeants sont jugés par leur capacité de comprendre les événements et les aspirations populaires et d'avancer des propositions qui correspondent à la situation. Et ceux qui ne sont pas à la hauteur, cèdent la place à ceux qui le sont.

Février 1917

La révolution éclate dès le mois de février. En quelques jours, l'autocratie des tsars Romanov, une dynastie au pouvoir depuis trois siècles, est renversée. Comme toujours, personne ne l'a vue venir, même et peut-être surtout ceux qui œuvraient pour une telle issue. Il ne s'agit pourtant pas d'un coup de tonnerre dans un ciel bleu. Cette révolution venait de loin, mais aussi de tout près.

La révolution venait de loin, parce qu'il y avait eu en 1905 ce qu'on pourrait appeler une répétition générale. Tous les acteurs qui allaient marquer l'année 1917 étaient déjà en place. Au niveau des classes sociales, l'aristocratie, socle du régime, la nouvelle bourgeoisie capitaliste, la classe ouvrière, la paysannerie. Sans oublier les nationalités enfermées dans cette «prison de peuples», qui luttaient pour le droit de déterminer leur propre avenir. Sur le plan politique, il y avait notamment les partis conservateurs; les partis libéraux partisans d'un régime constitutionnel,

monarchie ou république; les différents courants sociale-démocrates et socialistes révolutionnaires.

Dans ce panorama, il faut distinguer la nouvelle bourgeoisie et la jeune classe ouvrière, les deux classes fondamentales et antagonistes dans le mode de production capitaliste qui s'imposait inexorablement sur une société archaïque à peine sortie du féodalisme, où la paysannerie constituait l'écrasante majorité de la population. La bourgeoisie, tout en se renforçant sur le plan économique, était politiquement faible. Elle avait tellement peur des ouvriers et de la révolution qu'elle ne pouvait pas s'émanciper des anciennes classes dirigeantes et de l'autocratie. La classe ouvrière par contre était jeune, dynamique, combative, concentrée dans les entreprises modernes et énormes. L'enjeu de la révolution se résumera à la question: laquelle de ces deux classes allait prendre le devant?

La révolution de 1905 avait été défaite. Mais elle a laissé des traces. Un Parlement (la Douma) avec des pouvoirs très limités, une presse sujette à la censure, mais qui existait. Mais surtout la mémoire des soviets, ces conseils ouvriers et populaires qui étaient la forme d'organisation et d'action du mouvement ouvrier et qu'on retrouvera en 1917.

Des grèves politiques

La défaite de la révolution de 1905 a entraîné une forte répression. Mais le mouvement ouvrier commence à remonter la pente à partir de 1912. Un indice utile du niveau de mobilisation est fourni par les chiffres des grèves politiques, c'est-à-dire qui dépassaient le niveau de l'entreprise et des revendications immédiates. Les trois revendications centrales des bolcheviks, qui constituaient le plus fort courant sociale-démocrate au début de 1917, avaient toutes un caractère politique, global, dirigé contre le régime: une république démocratique, la journée de huit heures, l'expropriation des grandes propriétés terriennes.

En 1905, il y avait eu 1,8 millions de journées de grève politique. Au creux de la vague, en 1909-11, quelques milliers par an. En 1912, on compte 550,000 journées, en 1913, 502,000 et pour les six premiers mois de 1914, 1.059,000. En juillet 1914, juste avant l'éclatement de la première guerre mondiale, il y avait une grève générale à St Petersburg, avec des barricades et des batailles rangées avec la police.

L'éclatement de la grande guerre a déclenché une vague de chauvinisme, en Russie comme ailleurs. Dans un premier temps donc, l'élan des luttes ouvrières est brisé. Mais au fur et à mesure que les effets de la guerre se font sentir, le mécontentement s'accroît et crucialement, il touche les soldats.

Pour reprendre les chiffres des grèves, on voit une nouvelle remontée: 150,000 journées en 1915, 300,000 en 1916, plus de 500,000 pour les deux premiers mois de 1917. Au cours de ces grèves, les ouvriers étaient parfois aidés par des soldats: des liens ont été tissés.

La guerre a mis à nu toute l'arriération de l'empire russe. De tous les principaux pays belligérants de la Première guerre mondiale, la Russie était la moins équipée pour conduire une guerre moderne, surtout face à la puissance économique et militaire de l'Allemagne. Une série de défaites militaires et le manque d'équipements a conduit à une désaffection croissante dans les rangs de l'armée, aux refus de combattre, aux désertions. Elle a aussi produit des pénuries alimentaires dans les villes, ce qui fournira l'étincelle pour la révolution de février.

Le 9 janvier 1917, jour de la commémoration du Dimanche sanglant, le massacre de manifestants pacifiques, qui avait déclenché la révolution en 1905, 150.000 ouvriers de Petrograd ont participé à une grève politique. Parmi les plus de cent entreprises qui ont débrayé ce jour-là, certains faisaient grève pour la première fois depuis 1905. Au cours des manifestations ouvrières de rue on pouvait voir des soldats applaudir et toucher leurs casquettes en signe de solidarité. Le 14 février, jour de l'ouverture de la Douma, plus de

soixante usines ont débrayé. Le 18, une grève a démarré dans un atelier des gigantesques usines Putilov. Le 21, les grévistes ont été licenciés. La grève s'étendait alors à d'autres ateliers et le 22, la direction a lockouté les 30.000 ouvriers de l'usine.

Février

Le 23 février, c'était la Journée internationale des femmes. La veille, un groupe de femmes a discuté avec un dirigeant ouvrier du comité bolchevique du quartier ouvrier de Vyborg, Kaiurov, qui leur a conseillé de rester calmes, de ne pas faire grève. Les conseils de caution de Kaiurov exprimaient l'analyse des dirigeants locaux, que l'heure de l'affrontement n'était pas encore arrivée, qu'ils n'étaient pas assez forts, que la liaison avec les soldats n'était pas assez solide.

Pourtant, le lendemain les événements se sont précipités. Quelques usines du textile, à main d'œuvre féminine, ont débrayé, exigeant du pain: des usines de Vyborg ont aussi fait grève pour protester contre le manque de pain noir dans les boulangeries. Le 16, le rationnement de pain avait été introduit et dans la semaine qui suivait le mécontentement des femmes, qui faisaient la queue devant les boulangeries, s'exprimait fortement et parfois violemment. Ce fut aussi le cas le 23. Petit à petit, la grève s'étendait à d'autres quartiers et les grévistes partaient en manifestation, rejoints notamment par des étudiants. Des drapeaux rouges commençaient à faire leur apparition. Au cours des jours suivants on entendait de plus en plus, «à bas l'autocratie!» et «à bas la guerre!»

En évoquant les événements six ans après, Kaiurov rappelait aussi son indignation devant le manque de discipline des femmes. Pourtant il a conclu: «Mais une fois qu'il y a une grève de masse, il faut appeler tout le monde à descendre dans la rue et en prendre la direction». Le 25, les bolcheviks de Petrograd lançaient un appel à la grève générale. Il était

temps. A ce moment-là, 200.000 ouvriers de Petrograd avaient déjà devancé le mot d'ordre du parti...

La jonction avec les soldats

La préoccupation de Kaiurov et de ses camarades concernant la liaison avec les soldats était bien fondée. Mais la question a trouvé sa réponse dans les faits. Non sans hésitations. Face à la mobilisation des ouvriers et du peuple qui se renforçait de jour en jour, les soldats se trouvaient devant un choix qu'ils auraient peut-être préféré ne pas avoir à faire. Après quelques hésitations, ils ont refusé de réprimer les manifestants. Dès le 26, il y avait la mutinerie du régiment Pavlovsky, dont 19 des meneurs ont été mis aux arrêts: ils seront libérés le lendemain. Le 26, le régiment Volinskii avait été envoyé contre des manifestants et a tiré sur la foule, tuant une quarantaine de personnes. De retour à leur caserne, ils ont discuté et résolu de ne faire jamais plus cela. Quand leur capitaine arrivait le lendemain pour les mobiliser, il était accueilli par des cris: «Nous ne tirerons pas». Finalement ils ont tiré – sur lui, le tuant sur le coup. Ayant ainsi franchi le Rubicon, ils ont envoyé des émissaires partout aux régiments de la capitale afin d'étendre la révolte. Avec succès: Ce jour-là, quelques 70,000 soldats se sont joints aux centaines de milliers d'ouvriers pour manifester. La jonction entre les ouvriers et les soldats fut décisive. Les jeux étaient faits.

Vers le «double pouvoir»

Déjà le 24 février, certaines usines avaient commencé à élire leurs délégués à un soviet qui n'existait pas encore au niveau de la ville. Mais le 27, un groupe de dirigeants ouvriers, certains libérés de prison dans la journée, se sont réunis pour établir le soviet de Petrograd, dont la première réunion a commencé plus tard dans la soirée.

Nous avons parlé exclusivement de Petrograd. C'était la capitale et le mouvement ouvrier y était le plus fort. Tout au long de l'année, Petrograd sera à l'avant-garde de la révolution. Cependant, pendant ces journées de février, les forces révolutionnaires furent victorieuses partout dans le pays, et partout se formaient des soviets.

Parallèlement, les dirigeants bourgeois de la Douma ont établi un Comité provisoire, qui deviendra un Gouvernement provisoire, sous la présidence du Prince Lvov. Certains d'entre eux auraient préféré passer à une monarchie constitutionnelle. Il était trop tard: le 2 mars, le Tsar Nicolas a abdiqué et son frère Michel n'a pas voulu le remplacer. Ainsi la dynastie s'est-elle terminée en eau de boudin. Le 8 mars, Nicolas a été arrêté.

Ces deux institutions, le soviet et le gouvernement provisoire, représentaient au fond les intérêts de classes opposées. Pendant des mois elles vont coexister. C'est ce qu'on a appelé un «double pouvoir», qui ne prendra fin qu'avec la victoire des soviets en octobre. Mais de février à octobre, la révolution aura vécu des crises et des luttes politiques au sein même des soviets.